

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/216

Bonn, den 13. November 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Noch nicht zu spät! 75

Wird der Bundestag das Ausbildungsförderungsgesetz beschließen?

Von Brigitte Freyh, MdB

3 - 4 Ferientermine 89

Langfristige Urlaubsplanung notwendig

Von Wolfgang Schwabe, MdB

5 - 6 Gruß und Glückwunsch aus Mainz 68

Zum 60. Geburtstag von Günter Markscheffel am 16. November 1968

Von Oberbürgermeister Jockel Fuchs, Mainz,

Mitglied des Parteivorstandes der SPD

7 Sozialismus und Imperialismus 40

Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem
Imperialismusproblem und der Weltpolitik vor 1914

Zu einem Buch von Hans-Christoph Schröder

* *

*

Noch nicht zu spät !

Wird der Bundestag das Ausbildungsförderungsgesetz beschließen ?

Von Brigitte Freyh, MdB

Die Ausgangslage für eine bundeseinheitlich geregelte Ausbildungsförderung ist am Ende dieser Legislaturperiode günstiger, als sie es je in den zurückliegenden Perioden war. Der jahrelange leidige Streit um die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Bundes, der sich in der letzten Legislaturperiode an dem schon 1962 vorgelegten ersten Antrag der SPD-Fraktion für eine umfassende Regelung der Ausbildungsförderung entzündet hatte, ist beendet.

Das Bundesverfassungsgericht ist mit einem Urteil des Jahres 1967 nicht nur einer modernen Auslegung des Sozialhilfebegriffs gefolgt, wie er bereits dem ersten Entwurf der SPD zugrunde lag - auch die Länder haben inzwischen ihre Bereitschaft zur Erweiterung des Katalogs der konkurrierenden Gesetzgebung um die Ausbildungsförderung erklärt. Schließlich haben sich die Fraktionen des Deutschen Bundestages über den Grundsatz verständigen können, daß Ausbildungsförderung gezielt und ausreichend sein muß und nicht nach dem Gießkannenprinzip des sogenannten "Pennälergehalts" verteilt werden darf.

Den entscheidenden Schritt zur Verwirklichung einer ersten Stufe der Ausbildungsförderung noch in dieser Legislaturperiode tat dann im Herbst dieses Jahres die Bundesregierung. In der Mittelfristigen Finanzplanung wurden - wenige Monate nach der Einbringung eines zweiten Initiativgesetzentwurfes der SPD-Fraktion im Juni 1968 - erstmalig Mittel für die Ausbildungsförderung in den nächsten Jahren bereitgestellt.

Dieser Bundestag könnte sein Verhalten vor der Öffentlichkeit kaum rechtfertigen, wenn es ihm nicht mehr gelänge, seine gesetzgeberischen Möglichkeiten zu nutzen und die vorgesehenen Mittel auszuschöpfen. Die Legislaturperiode geht bald dem Ende zu, und es wird höchste Zeit, mit den Ausschlußberatungen der von der SPD und FDP vorgelegten Gesetzentwürfe zu beginnen.

Das in den letzten Monaten häufig verbreitete Argument, diese Entwürfe seien zu teuer, ist zumindest für den Entwurf der SPD-Fraktion nicht anwendbar. Abgesehen davon, daß inzwischen bekannt geworden ist, wie sehr die Kostenschätzungen unstritten sind, hat die SPD-Fraktion zwar in ihrem Antrag ihre Vorstellungen von einer Gesamtlösung der Ausbildungsförderung für alle jungen Menschen formuliert, deren Verwirkli-

chung aber im Gesetzestext ausdrücklich von den Mitteln abhängig gemacht, die im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung bereitgestellt werden können. Dieser Gedanke einer stufenweisen Verwirklichung auf dem Hintergrund einer Gesamtkonzeption ist bei der Auseinandersetzung um den Finanzbedarf, aus welchen Gründen auch immer, in den Hintergrund geschoben worden. Das war für den rechtzeitigen Beginn der Beratungen nur hinderlich und hat entscheidend zu ihrer Verzögerung beigetragen.

Da a l l e Fraktionen des Bundestages ihre Vorstellungen für eine gesetzliche Lösung der Ausbildungsförderung formuliert haben (die CDU/CSU-Fraktion allerdings bisher nur in einem nicht formal eingetragenen, wohl aber veröffentlichten Entwurf), wären die Ausschußberatungen der gegebene Ort, um auf der Basis dieser Gesamtvorschläge zu einer gemeinsamen Lösung zu gelangen und noch rechtzeitig ein erstes Bundesgesetz zur Ausbildungsförderung zu verabschieden.

Unter Berücksichtigung der bereitgestellten Mittel müßten sich die Fraktionen jedoch zunächst über diejenige Stufe verständigen, die als erste gesetzlich geregelt werden soll. Der bequemste Weg, nämlich die heute schon am einheitlichsten geregelte Förderung des Besuchs wissenschaftlicher und anderer Hochschulen, Ingenieurschulen und Akademien auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und aus Bundesmitteln zu finanzieren, muß nicht gerade der sinnvollste und vordringlichste sein.

Es liegt nahe, bei einer ersten Stufe vor allem an diejenigen Einrichtungen zu denken, bei denen die Förderung bisher durch Zersplitterung in den Rechtsgrundlagen mit ihren erheblichen Unterschieden in den Voraussetzungen und Leistungen und durch die Nichtberücksichtigung großer Gruppen von jungen Menschen gekennzeichnet war, nämlich an den Bereich der Realschulen, Gymnasien und Berufsfachschulen. Hier fallen die Vorentscheidungen für die Ausschöpfung von Begabungsreserven, für Chancengleichheit und für die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft und der Absolventen anderer höherer Ausbildungsgänge. Hier trat auch die Unzulänglichkeit bisheriger Förderungsmaßnahmen am deutlichsten in Erscheinung.

Der Bundestag hat sich in den vergangenen Jahren trotz aller Schwierigkeiten immer wieder zu gemeinsamen Forderungen zusammengefunden, weil in den Fraktionen die Einsicht in die Notwendigkeit einer Regelung und die Orientierung an sachlichen Überlegungen vorhanden waren. Sollte es jetzt unnötig sein, in einer günstigen Ausgangslage die Beratungen so zu beschleunigen, daß noch in dieser Legislaturperiode das erste Ausbildungsförderungsgesetz verabschiedet werden kann? Oder, konkreter gefragt, wird die CDU/CSU-Fraktion sich weiter weigern, die Gesetzentwürfe zur Ausbildungsförderung auf die Tagesordnung zu setzen?

Ferientermine -----

Langfristige Urlaubsplanung notwendig

Von Wolfgang Schwabe, MdB

Nach Abschluß der Sommer- und Herbstsaison werden in den zuständigen Fachgremien die Erfahrungen dieses Jahres und daraus resultierend die günstigsten Ferientermine für die Zukunft erörtert. Diese Beratungen wären einfacher, wenn nicht der Begriff "günstig" zwangsläufig verschieden ausgelegt würde. Optimal günstig im Sinne der Fremdenverkehrsorte und der Beherbergungsbetriebe wäre rein theoretisch eine breite Streuung der regionalen Ferientermine über das ganze Jahr.

Für die Familien - besonders für solche mit Kindern - ist es dagegen optimal günstig, wenn die üblichen sechs Wochen Sommerurlaub in den erfahrungsgemäß sechs heißesten Wochen des Jahres angesetzt werden. Diese Überlegung gewinnt an Gewicht, wenn man bedenkt, daß annähernd die Hälfte der Familien mit Kindern nicht verreisen können. Gerade für sie, die zuhause Bleibenden, ist es aber wichtig, die Kinder auch wirklich bei heißem Wetter in das Schwimmbad oder in eine stadtnahe Erholungseinrichtung schicken zu können. Gerade für diese Familien ist es umgekehrt besonders schmerzlich, wenn günstigeren Reismöglichkeiten zuliebe die Ferien sehr früh oder sehr spät gelegt werden, so daß zwangsläufig die Notwendigkeit besteht, in heißen Wochen den Kindern ergebnisarme Unterrichtsstunden zuzumuten.

Steigende Bevölkerungszahlen, Konsolidierung von Urlaubsanspruch, Urlaubsgeld für die Arbeitnehmer und die wieder ansteigende Wirtschaftsbelebung ergeben das Fazit 1968: Mehr Menschen machen mehr Urlaub. Zur Ballung in der Hauptsaison tragen die oben genannten klimatischen Bedingungen bei, weiter die Tatsache, daß in steigendem Maß große und mittlere Betriebe in die Zeit der großen Ferien auch ihre allgemeinen Betriebsferien legen.

Damit ist das Rangeln alter Art um die besten Plätze auf der Urlaubsliste behoben. In drei Wochen Betriebsruhe werden neue Serien aufs Band gelegt und alle jene Erhaltungs- und Renovierungsarbeiten durchgeführt, die bei laufendem Betrieb stören würden. Sommerliche Betriebsferien werden sich allmählich in der arbeitsteiligen Gesellschaft immer zwangsläufiger ergeben. Zulieferbetriebe zum Beispiel sind ebenso werksabhängig wie der größte Teil des Einzelhandels im direkten Bankkreis großer Fabriken.

Zu all diesen Gründen kommt hinzu, daß jährlich mehr Familien über ein Kraftfahrzeug verfügen. Viele haben es überhaupt nur angeschafft, um übers Wochenende und in den Ferien unabhängig rei-

sen zu können. Freilich werden sie dabei häufig abhängig von den Verkehrsstauungen im Netz der Autobahnen und der Fernstraßen. In den ausverkauften Hotels und Pensionen leiden Kundendienst und Gesamtleistung unter der Arbeitsbelastung des Wirtes, seiner Familie und des Personals. Jede Fehlleistung, sei sie tatsächlich oder nur vom nervösen Gast als solche empfunden, fördert den Drang nach draußen, besonders bei den Gästen, die noch nicht aus eigener Erleben wissen, daß auch jenseits der Alpen und der Pyrenäen mit Wasser gekocht wird.

Die Konferenz der Kultusminister, die deutschen Fremdenverkehrsverbände und der Deutsche Industrie- und Handelstag wissen von all diesen Problemen. Sie resignieren keineswegs, sondern bemühen sich in gemeinsamen Beratungen, die Situation zu verbessern. Sie sehen sich allerdings auch bei Einzelfragen sehr verschiedenen Empfehlungen ausgesetzt. Einheitlich wird als notwendig anerkannt, die Bemühungen um eine deutsche Ferienordnung durch eine westeuropäische Regelung zu ergänzen. Weiter besteht mit dem Deutschen Bäderverband und dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband Übereinstimmung, daß preisgünstige Angebote im Frühjahr, Herbst und Winter die Hauptsaison wirksam entlasten.

Ein Vorschlag, nach französischem Muster die Sommerferien auf Kosten etwa der Osterferien zu verlängern, stößt auf den Vorbehalt der Pädagogen, wonach die lange Unterrichtsstrecke von Neujahr bis Ostern eine Pause verlangt. In dieser Osterpause liegen dann meist auch Konfirmation und Kommunion. Außerdem liegt traditionell ein großer Teil der Lehrerstudienfahrten in der klimatisch günstigen Osterzeit.

Der Vorschlag, die Sommerferien für länger als ein Jahr voraus zu planen, steht noch in der Diskussion und mag, wenn eine europäische Abstimmung für ein räumlich weiteres Gebiet auch eine zeitlich breitere Basis braucht, Chancen haben.

Um dem starken Wochenendverkehr zu entgehen, sollen Ferienanfang und -ende immer in der Woche liegen. Freilich werden sich dann die Urlauberkolonnen noch stärker als seither hinter den Lastwagen stauen, sofern nicht für einzelne Tage Lkw-Stops angeordnet werden, wogegen sich wiederum die Wirtschaft wendet.

Neben allem Reglement haben sich aber auch die Warnung vor der Gefahr und der Appell an den guten Willen bewährt. Als beim Ferienbeginn 1968 auf Empfehlung von Bundesverkehrsminister Leber Presse, Rundfunk und Fernsehen den guten Rat gaben, lieber erst zwei Tage nach Schulschluß zu starten, waren die Hauptstrecken in der Tat zwei Tage lang normal belegt, während dann anschließend die übliche Verstopfung eintrat. Moral: Niemand wird den Strom der Urlauber und niemand das Ansteigen der individuellen Motorisierung beeinträchtigen wollen. Angesichts der jährlich wiederkehrenden Schwierigkeiten bleibt allen Verantwortlichen die kontinuierliche Verpflichtung, die Probleme so gut wie irgend möglich zu meistern.

Gruß und Glückwunsch aus Mainz

Zum 60. Geburtstag von Günter Markscheffel am 16. November 1968

Von Oberbürgermeister Jockel Fuchs, Mainz,
Mitglied des Parteivorstandes der SPD

* Dieser Gruß und Glückwunsch vom Oberbürgermeister aus Mainz *
* erscheint ohne Wissen von Günter Markscheffel, dem Chefredak- *
* teur des SPD-Pressedienstes. Wichtige Kapitel der Geschichte *
* der SPD von Rheinland-Pfalz in den ersten Nachkriegsjahren *
* tragen seine Handschrift. Für seine Freunde bleibt seine Tä- *
* tigkeit unvergessen. *

Die Redaktion

Nun steht auch schon Günter Markscheffel an der Schwelle des siebten Jahrzehnts. Es ist für die Mainzer kaum vorstellbar. Mit Günter Markscheffel verbunden sie immer die Vorstellung von jugendlicher Dynamik, von Einfallsreichtum, von Zukunft. Nun, das alles, was Günter Markscheffel kennzeichnet, wird auch heute noch, auch in Bonn, wo diese Eigenschaften nicht weniger gebraucht werden, von ihm ausstrahlen. Und dennoch: sechzig Jahre...

Als Günter Markscheffel nach dem Kriege nach Mainz kam - er kam aus der Emigration zurück - sprudelte er nur so über von Ideen. Er war es, der der wiedergegründeten sozialdemokratischen Partei am Ort die Impulse gab; er war es, der sich für die Gründung einer sozialdemokratischen Zeitung einsetzte, und er fand auch für sie den Namen: "Die Freiheit", und der Name war wirklich als Panal gedacht. Er wurde Chefredakteur der Zeitung; und selbstverständlich schickte ihn seine Partei auch in den Landtag des jungen Landes Rheinland-Pfalz.

Markscheffel, der Mann der zündenden Gedanken, war gleichzeitig ein kühler Kopf. Nie übersah er, bei allem, was er vorschlug oder ins Leben rief, zu prüfen, ob es denn auch durchführbar sei. Gerade in den Aufbaujahren nach dem letzten Krieg waren solche Leute notwendig, die genau wußten, was sie wollten, und die dabei keinen Augenblick vergaßen, daß die Durchführbarkeit jeder Idee genauso wichtig ist wie das Ziel selbst. Markscheffel gehört zu den Leuten, die man "glühende Realisten" nennen könnte, und diese glühenden Realisten waren es, die nach dem Zusammenbruch Deutschland wiederaufbauten. Sie verhalfen dem demokratischen Gedanken zu seinem Durchbruch, sie führ-

ten ihn in seine Bewährung, unsere heutige bundesrepublikanische Wirklichkeit ist ihr Werk.

Für die Städte bedeutete das Wort Wiederaufbau ganz konkret: Wiederaufbauen der zerstörten Gebäude, Wiederingangbringung der Wirtschaft, Wiedereinrichtung einer funktionierenden Verwaltung. Obwohl Markscheffel im engeren Sinne nie Kommunalpolitiker war, meinte seine Tätigkeit als Chefredakteur der "Freiheit", als Landtagsabgeordneter, als Parteivorsitzender, immer auch die Bewältigung der kommunalen Probleme in der Stadt, in der er wirkte, mit. Viele Jahre konnte ich unter seiner Chefredaktion das Lokalressort der "Freiheit" wahrnehmen. Dabei wurde mir in zahlreichen Besprechungen klar, welche Bedeutung Markscheffel der politischen Arbeit im Gemeindevorstand zuerkannte. Politik fing für ihn nicht erst auf einer bestimmten Ebene an, sondern umfaßte die ganze Skala der Möglichkeiten, auf das öffentliche Leben gestaltend einzuwirken. Gerade in der Aufbauzeit spielte dabei die Kommunalarbeit eine ausschlaggebende Rolle, und sowohl als Politiker wie als Journalist verlor Markscheffel das nie aus dem Auge.

Über ein Jahrzehnt ist Markscheffel nunmehr in Bonn. Der Journalist lebt und arbeitet in nächster Nähe jener Stätten, wo die Weichen der großen, der nationalen und der internationalen Politik gestellt werden. Ich darf als Oberbürgermeister der Stadt, in der wir viele Jahre gemeinsam an der gleichen Zeitung wirkten, die Aufgaben wahrnehmen, die in ihrer Gesamtheit das lebendige Wesen einer Kommune ausmachen. Wenn ich Günter Markscheffel aus diesem Mainz, das er so gut kennt und an dessen Wiederaufbau er in den Anfangsjahren mit Rat und Tat mitgewirkt hat, meine Glückwünsche zum sechzigsten Geburtstag zürufe, so weiß ich, daß er sich im Herzen mit dieser Stadt noch immer verbunden fühlt. - Vor wenigen Tagen, am 9. November, eröffneten wir unsere aus den Trümmern wiedererstandene Stadthalle, die Rheingoldhalle. Erstes Ereignis am gleichen Tag war der Landespresseball anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens des Journalistenverbandes Rheinland-Pfalz. Markscheffel war zu diesem Tag in Mainz. Er hatte in seiner Mainzer Zeit den Journalistenverband mitbegründet, war viele Jahre sein Vorsitzender und ist heute Ehrenvorsitzender. Im Gespräch war zu erkennen, wie sehr sich Markscheffel noch mit Mainz und mit dem Vielerlei, was wir damals gemeinsam in die Wege leiteten, verbunden fühlt. Deshalb darf ich meine Glückwünsche auch im Namen der Stadt Mainz aussprechen.

Sozialismus und Imperialismus

Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem
Imperialismusproblem und der Weltpolitik vor 1914

Zu einem Buch von Hans-Christoph Schröder

sp - Dieses Buch*) stellt die Entwicklung zweier gesellschaftlicher Konzeptionen in den letzten Jahrzehnten des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts, ihre gegenseitige Frontstellung und Abhängigkeit dar. Sozialismus und Imperialismus "wurzeln in der modernen Industrielwelt und werden auch jeweils als deren notwendige Folgeerscheinungen begriffen. Sozial werden sie im wesentlichen von den beiden großen industriellen Klassen getragen. Der Imperialismus vor allem vom Großbürgertum - ideologisch abgestützt durch das Bildungsbürgertum - der Sozialismus von der Industriearbeiterschaft".

Ausgangspunkt der Abhandlung ist der Versuch, eine marxistische Imperialismus-Theorie vor Lenins Arbeit über den "Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" aus den Werken Karl Marx's und Friedrich Engels' zu gewinnen. Die Untersuchung beschränkt sich aber nicht nur auf Marx und Engels, sondern schließt alle ökonomischen Theorien mit ein, die in der Überproduktion, also einem Merkmal des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die Erklärung für Wirtschaftskrisen erkennen und damit die späteren Imperialismus-Theorien in ihren Grundzügen schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts vorwegnehmen (Sismondi, Hegel, Rodbertus usw.).

Die theoretische Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der Kolonialpolitik in den achtziger Jahren schließt sich teils an diese Theorien an, nimmt aber auch schon im Keim die Imperialismus-Theorien der zwanziger Jahre (Bauer, Hilferding, Luxemburg, Hobson) vorweg.

Die Diskrepanz zwischen dieser teilweise zu radikaler Praxis drängenden Theorie und praktischer Reformpolitik zeigt Schröder an einer Darstellung des Dampfersubventionsstreits in der deutschen Sozialdemokratie 1884/85.

Diese Darstellung ist in Zusammenhang mit der Analyse der Bismarckscher Wirtschafts- und Sozialpolitik zu sehen. Über die danach erfolgende stärkere Hinwendung der Sozialdemokratie zu positiver Mitarbeit in allen kolonialen Fragen, die schließlich zum offenen Eintreten der Mehrheitssozialisten für die deutschen Kolonien nach dem Ersten Weltkrieg führte, handelt das fünfte Kapitel, in dessen Mittelpunkt die Vorgänge auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart 1907 stehen. Dabei entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, "daß die Divergenzen, die sich innerhalb des deutschen Sozialismus in der Kolonialfrage herausgebildet hatten, in letzter Schärfe zutage traten, als Deutschland seinen Kolonialbesitz bereits unwiederbringlich verloren hatte".

*) Erschienen in der Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung,
Verlag für Literatur und Zeitgeschehen - Hannover